

Bezugspreis:

Vierteljährl. 16,50 M., monatl. 5,50 M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komposition ... Kleines Anzeigen ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 17. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Verzicht auf die Auslieferung!

Erfolg der Vernunft.

Die in Berlin eingetroffene Note der Entente bestätigt, was nach den Meldungen der letzten Tage erwartet werden konnte: Die Entente besteht nicht mehr auf der Auslieferung der von ihr Angeklagten, sondern sie erklärt sich damit einverstanden, daß die Kriegsverbrechen vor deutschem Gericht zur Aburteilung gelangen, Allerdings zunächst nur „probeweise“.

Die Note ist keineswegs frei von Fuhangeln und Unklarheiten, die zu künftigen Verwicklungen Anlaß geben können. Für den Augenblick ist jedenfalls die höchst kritische Situation durch die Note der Entente entspannt worden.

Die Entente legt Wert auf die Feststellung, daß die Bestimmungen des Friedensabkommens voll aufrechterhalten bleiben, und daß die jetzige Ausführung nur eine Auslegung des Artikels 228 bedeutet, die mit seinem Wortlaut voll vereinbar ist.

Im letzten Augenblick hat die Entente der gefährlichen Situation den schlimmsten Stachel genommen. Sie hat sich durch die deutschen Darlegungen von der tatsächlichen Unmöglichkeit einer Auslieferung überzeugen lassen.

Somit stellt die Note der Entente einen Erfolg der Vernunft dar, der zwar insofern nicht hoch anzuschlagen ist, als die Vernunft im Interesse des Siegers selber liegt, der doch aber eine erste Abkehr von dem rohen und sinnlosen Wüten ist, mit dem die Entente bisher gegen die wirtschaftlichen Interessen der ganzen Kulturwelt gesündigt hat.

Besonders auffallen wird es, daß die Entente sogar auf die ihr von deutscher Seite angebotene aktive Beteiligung an dem Verfahren verzichtet. Wahrscheinlich werden die Alldeutschen daraus eine Anklage gegen die Regierung zu schmieden suchen, die dem Gegner mehr angeboten hätte, als er selbst verlangte.

Gerade hier liegt eine Gefahr. Denn würde die Entente zu den Verhandlungen einen Vertreter in der Rolle des Nebenklägers stellen, so wäre sie in ihrer künftigen Beurteilung der deutschen Richterprüche stark gebunden.

seinen eigenen Augen abgespielt, einfach zu ignorieren. Wahrscheinlich würde in vielen Fällen der Ententevertreter selber glatte Freisprechung beantragen müssen, wollte er sich nicht einer moralisch unmöglichen Situation aussetzen.

Ein Gutes hat jedenfalls auch dieser Verzicht: Die alldeutsche Presse hat in den letzten Tagen in Voraussicht der Tatsache, daß die Entente ihr Auslieferungsbegehren fallen lassen würde, bereits mit einer neuen Propaganda begonnen, um in gleicher Weise die Aburteilung vor einem deutschen Gericht als unerfüllbar und unerträglich zu bezeichnen.

Diese Absicht ist in den Artikeln des Grafen Reventlow bereits stark angedeutet. Er will bereits feststellen, daß auf den Listen der Entente sich überhaupt kein wirklicher Kriegsverbrecher befinde, der gemeine, ehrlose Straftaten begangen hätte.

Der Gedanke, daß der Grund einer Agitation, wie wir sie bereits andeuteten, die Entente ihre Urteile nicht anerkennen werde, darf die deutschen Richter natürlich in keiner Weise beeinflussen. Wir glauben auch nicht, daß sie auf Grund solcher Erwägungen von dem abweichen werden, was ihnen Gewissen und Ueberzeugung vorschreiben.

Die Antwort der Entente.

Paris, 16. Februar. (WV) Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgenden Text der nach Berlin abgegangenen Note: Die Alliierten haben mit Aufmerksamkeit die Mitteilung gebräut, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde, und in welcher die schweren Folgen sowohl wirtschaftlicher als politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung der in den Ar-

tikeln 228 bis 230 über die Auslieferung der angeklagten Deutschen enthaltenen Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 selbst erwachsen würden.

Die Mächte stellen zunächst fest, daß Deutschland erklärt, a u ß e r s t a n d e zu sein, die für es aus den oben erwähnten Artikeln des von ihm unterzeichneten Vertrages sich ergebenden Verpflichtungen einzuhalten. Sie behalten sich vor, das ihnen aus dem Vertrage zustehende Recht in dem Maße und in der Form zur Anwendung zu bringen, wie es ihnen zweckmäßig erscheint.

Die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene, von ihr unverzüglich in die Hand zu nehmende strafgerichtliche Verfolgung ist vereinbar mit der Durchführung des Artikels 228 des Friedensvertrages und ausdrücklich am Ende des ersten Absatzes dieses Artikels vorgesehen.

Die Verurteilung der begangenen Verbrechen durch Deutschland und den aufrichtigen Wunsch, an deren Bestrafung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden sehen, ob die deutsche Regierung, die sich auferstehende erklärt hat, die Schuldigen zur Aburteilung zu verhaften und den Alliierten zu übergeben, wirklich entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig abzuurteilen.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, eine interalliierte gemischte Kommission zu beauftragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch die Untersuchung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln und zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.

Endlich hielten die Alliierten darauf, in formeller Weise zu erklären, daß das Verfahren vor einer Gerichtsbarkeit, wie sie vorgeschlagen wurde, in keinem Falle die Bestimmungen der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages aufheben kann. Die Mächte behalten sich das Recht vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Versicherung den Angeklagten alle Rechtsgarantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für deren Vergehen zu entziehen.

London, 17. Februar. (DN) Die neuerlich an Holland in der Auslieferungsfrage gerichtete Note lautet: Die Mächte wünschen von der Regierung Ihrer Majestät keineswegs, daß sie von ihrer traditionellen Politik abgehen soll, sondern daß sie nur den Charakter ihres Ersuchens abwägen möge.

Es handelt sich nicht um die Frage des Verdictes und die Mächte können nicht warten, bis der Weltgerichtshof gerundet worden ist, der die Befugnis hat, die internationalen Vergehen zu untersuchen, für die die Mächte die verantwortlichen Ankläger der Katastrophe des großen Krieges zur Verantwortung ziehen.

gez. Lord George.

Neue Kaisernote an Holland.

Dieses internationalen Gerichtshofes gegen hochgestellte Vertreter unmöglich zu machen.

Die holländische Regierung scheint nicht zu erwägen, daß ihr Ansehen mit anderen zivilisierten Mächten die Aufgabe obliegt, die Bestrafung für Vergehen gegen

die Gerechtigkeit und die Grundzüge der Menschlichkeit

schmerzhaften, und es ist ein solches Vergehen, für welches Wilhelm von Hohenzollern zweifellos eine große Verantwortung trägt.

Es ist unmöglich, an der kollektiven Kraft dieser Note vorbeizugehen. Die holländische Regierung hat zweifellos nicht vergessen, daß die Politik und das persönliche Verfahren des Mannes, dessen Auslieferung von den Mächten verlangt wird, etwa 10 Millionen Männern das Leben gekostet haben, daß diese Taten für die Verletzung oder die Schwächung der Gesundheit einer dreimal größeren Zahl von Männern, für die Unabwendbarmachung und Verheerung von Millionen Landstrichen Lebens in Ländern, die früher friedlich, reich und glücklich waren, und für die Verletzung der Welt mit Kriegsschuldern, die in die Millionen gehen, verantwortlich sind, und daß unter den Opfern auch solche sind, die ihre eigene Freiheit und die gleichfalls die Freiheit Hollands verteidigt haben. Die wirtschaftliche und soziale Erleichterung dieser Nationen ist in Verwirrung gebracht worden, sie sind jetzt von Hunger und Mangel heimgesucht. Das sind die schrecklichen Folgen des Krieges, dessen Aufrichter Wilhelm II. war.

Die Mächten können ihr Erkennen darüber nicht verbergen, daß in der holländischen Antwort kein einziges Wort zu finden ist, daß

die Vergehen des Kaisers

tabelliert. Wie ist es möglich, daß jemand nicht unter den Eindruck der reaktionären Manifestationen, die der Weigerung folgen müssen, kommen würde. Es kann kaum Hollands Wunsch sein, sich selbst durch eine derartige Auffassung seiner Verpflichtungen außerhalb der Völkergemeinschaft zu stellen. Die Mächte wünschen die holländische Regierung daran zu erinnern, daß, wenn Holland in seiner Haltung der Gleichgültigkeit hinsichtlich der Anwesenheit der kaiserlichen Familie auf ihrem Gebiet so nahe bei Deutschland verharrt, es dadurch die Verantwortlichkeit nicht nur dafür, daß es den Ansehenslosen in Scham genommen hat, auf sich nimmt, sondern auch die Verantwortlichkeit für die Propaganda, welche so gefährlich für Europa und für die ganze Welt ist.

Die Rechte, welche die Mächte laut den strengsten Grundsätzen des Völkerrechts besitzen, erteilen ihnen

die Macht und das Recht

und machen es ihnen zur Aufgabe, solche Maßnahmen zu treffen, wie sie ihre eigene Sicherheit verlangt. Die Mächte können den vereinigten Eindruck nicht verbergen, welcher die Ablehnung der holländischen Regierung, den Kaiser auszuliefern, auf sie gemacht hat, besonders weil Holland mit seinem Wort gewisse Vorsorge Maßnahmen erwähnt hat, sei es, daß diese an Ort und Stelle getroffen werden oder sei es, daß der Kaiser in weiter Entfernung von der Szene seiner Vergehen gehalten und es ihm somit unmöglich gemacht wird, einen fatalen Einfluß auf Deutschland

auszuüben. Obwohl ein Vorschlag diesen Charakteres sich nicht vollkommen dem Wunsch der Mächte gemäß hätte, würde dies dennoch den Beweis der Gesinnung erbracht haben, welche Holland zweifellos auch bezeugen muß. Die Mächte weisen daher die holländische Regierung scharf und nachdrücklich auf das Interesse hin, welches sie einer neuen Erwägung der ihr unterbreiteten Forderungen beimessen. Sie verlangen, daß es deutlich verstanden werde, welche eine ernste Lage für Holland daraus entstehen könnte, wenn die holländische Regierung nicht die Garantien bietet, welche Europas Sicherheit erfordert.

Die neue Auslieferungsnote der Entente an Holland trägt zwar nicht den Charakter eines Ultimatums, jedoch darf ihre Bedeutung durch den Hinweis auf die Folgen für den

Fall einer Nichterfüllung der Ententewünsche nicht unterschätzt werden. Das Bemerkenswerteste an der Note ist, daß sie trotz der Schärfe der Form inhaltlich auf eine Wendung der Ententepolitik in der Kaiserfrage insofern hinausläuft, als praktisch auf die Auslieferung Wilhelms des Zweiten Verzicht geleistet wird.

Indem die Entente fordert, daß der Kaiser entweder in Holland selbst interniert oder nach einer ferneren holländischen Insel deportiert werde, spricht die Entente stillschweigend hierdurch den Verzicht auf den Kaiserprozeß in London aus. Trotz alledem darf nicht verkannt werden, daß die Lage für Holland, wie die Note selbst am Schlusse ausdrücklich hervorhebt, nach wie vor außerordentlich ernst bleibt.

Cambon tritt zurück.

Paris, 16. Februar. (W. T. V.) Nach einer heute veröffentlichten Entscheidung durch das „Journal Officiel“ ist der Rücktritt des ehemaligen Reichskanzlers Jules Cambon beschlossen worden. Das „Journal des Debats“ sagt hinzu, daß er seine Funktionen als Delegierter Frankreichs bei der Friedenskonferenz trotz dieser Maßnahme beibehalten werde.

Poincarés Abschiedsrede.

„Verföhliche“ Worte.

Paris, 16. Februar. (W. T. V.) Präsident Poincaré hat heute in Verdun seine letzte offizielle Rede gehalten und hierbei gesagt, man habe im Friedensvertrag Deutschland keine Strafen zuzuschreiben. (1) Von habe nicht einmal von ihm die Rückerstattung der Kriegskosten verlangt. Um sich den Wünschen Amerikas anzuschließen, habe man ihm nur die Zahlung der Militärpensionen und der materiellen Kriegsschäden, die es verursacht habe, abverlangt.

Deutschland habe sich verpflichtet, ein bestimmtes Quantum Kohlen zu liefern, um dadurch Frankreich dafür zu entschädigen, daß es die Kohlengruben in Nordfrankreich systematisch erschüttert und zerstört habe. Es habe sich ferner verpflichtet, diejenigen seiner Offiziere auszuliefern, die sich Vergehen gegen das gemeinsame Recht hätten zuschulden kommen lassen. Wer keine zulassen, daß diese von Deutschland unterzeichneten Versprechungen nicht gehalten würden?

Die beiden ehemaligen Kaisertrübe von Mitteleuropa würden vor der Nachwelt ewig die Schuld für die Missetat, die sie absichtlich vorbereitet und begangen hätten, tragen. Es könne keinen guten Franzosen geben, der heute milde Umstände für sie suche, und es könne keinen guten Franzosen geben, der wünsche, daß die Wiedergutmachungen, zu denen die von Deutschland beangegangenen Taten Frankreich ein Recht gäben, herabgesetzt würden. Was auch immer die endgültige Haltung Deutschlands sein möge, man müsse sich dessen versichern, daß seine Entwaffnung definitiv sei, und daß es nicht im geheimen seine Eroberungs- und Beherrschungssucht wiederaufrichten könne. Poincaré schloß:

Reihen wir Deutschland den Degen aus den Händen und erlauben wir nicht, daß es die Stücke davon zusammenfeste. Tulden wir nicht, daß die Kaiserreiche, die das Völkerrecht verletzt haben, sich im geheimen wieder reformieren, um es mit einem neuen Attentat zu bedrohen!

Ueberstunden im Zugau-Oelsnitzer Kohlenrevier.

Den „V. F. A.“ wird aus Dresden geschrieben: Der Arbeitsminister hat sich an die Organisation des Zugau-Oelsnitzer Bergbaues mit dem Hinweis gewendet, daß zur Behebung der Kohlennot die Bergarbeiter täglich eine Ueberstunde machen sollten. Sie würden hierfür dieselben Löhne unter denselben Arbeitsbedingungen erhalten wie die Berg-

arbeiter des Ruhrreviers und außerdem extra pro Kopf und Woche ein Pfund Brot und Speck. Die Organisation zu erfüllen sich grundsätzlich dazu bereit. Es wird nunmehr in den einzelnen Bergbaues darüber abgestimmt. Und das Resultat dürfte in einigen Tagen bekannt werden.

Der Schrei nach Kohle!

Ossen, 16. Februar. Eine für die Zukunft unseres Wirtschaftslebens außerordentlich bedeutungsvolle Besprechung vereinigte heute hier Mitglieder der Reichs- und Staatsregierung und anderer Behörden mit Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und Angehörigen des Bergbaues und der Eisenindustrie.

Es handelte sich um die Frage, wie die dringend notwendige

Bereicherung der Kohlenförderung

herbeigeführt werden kann. Reichskanzler Bauer legte in eindrucksvoller Weise dar, daß vermehrte Arbeit das einzige Mittel sei, das Volk aus Armut und Elend zu retten. Leider könnte heute aber nur in recht bescheidenem Maße gearbeitet werden, weil nicht hinreichend Kohle verfügbar sei. Die Kohle sei der Schlüssel für unsere ganze wirtschaftliche Stellung. Es müsse die oberste Aufgabe der Regierung sein, daß die Friedensenergie wieder erreicht werde. Das lasse sich nicht anders erreichen, als indem

länger als 7 Stunden

gearbeitet werde. Ob das Volk länger arbeite, sei eine Frage der Zukunft.

Von einschneidender Bedeutung sei aber im Augenblick, daß es gelinge, die jährliche Kohlenförderung um 40 bis 50 Millionen Tonnen zu steigern. Das sei die Aufgabe der Regierung, der ganzen Volksgemeinschaft.

Nach dem Reichskanzler legte Herr Stinnes dar, daß die Mehrförderung von 30 Millionen Tonnen Kohle eine tägliche Mehrarbeit von 1 1/2 Stunden beanspruche. Diese mühten sich an die reguläre Schicht anschließen. Jede Tonne mehrerzeugter Kohle mache knappen und teuren Schiffsraum frei für die Beförderung von Getreide und anderen Lebensmitteln. Die Frage der Ueberstunden sei aber gleichzeitig

eine Frage besserer Ernährung.

die sofort in die Wege geleitet werden müsse. Ferner mühten auch die Transportarbeiter auf den Eisenbahnen, Wasserstraßen, Umschlagplätzen usw. entsprechend länger arbeiten, so daß eine geringere Abfuhr möglich wäre. Die Ueberarbeiten sollten nicht mit 20 Proz., sondern mit 100 Proz. Zuschlag auf die bisherigen Löhne bezahlt werden. In der Arbeiterfrage seien die Ueberstunden mit den Selbstversorgern gleichzustellen, sie mühten also zu normalen Inlandpreisen 24 Pfund Brot und 4 Pfund Fett geliefert bekommen. Herr Stinnes machte weiter eingehende Vorschläge über die Verwendung der durch Ueberstunden gewonnenen Kohlen zum Besten unserer Volkswirtschaft.

Die Vertreter der Gewerkschaften Imbusch und Gusemann forderten vor allem bessere Ernährung für den Bergmann und erklärten, daß die Durchführung der geforderten Ueberstunden gegenwärtig eine zu große

Befragungsbroschüre für die Organisationen

darstelle. Gegenüber dem Einwand, daß die anderen Berufe zuerst die Arbeitszeit verlängern sollten, erwiderte Eisenbahnminister Oester, daß der Bergbau voranzugehen müsse, weil er gegenwärtig die wichtigste Industrie sei. Es handelte sich hier um keine Arbeiter-, oder Arbeitnehmerfrage, sondern um eine Angelegenheit des ganzen Volkes.

Mit Nachdruck unterstrich diesen Gedanken der Reichspostminister Giesberts. Wenn die Regierung ins Ruhrgebiet komme, um die Bergleute um erhöhte Kohlenförderung zu bitten, so sei das ein geschichtliches Ereignis. Gelingen es nicht, das Kohlenmangels Herr zu werden, so gehe das ganze Volk vor die Hunde. Auch die Eisenbahner mühten länger arbeiten. Der Reichswirtschaftsminister ließ durch den Abgeordneten Opperth erklären, daß ihm kein Opfer zu groß

Ein unfeierliches Buch.

Wilhelm II. stand vor seinem Volke hie und da auf einem Podest. Er trat nie anders auf als im schweren Kostüm der Golauniform und hielt gespreizte Reden. Daß er nebenbei auch noch ein Mensch sei, durfte der Masse nie zum Bewußtsein kommen, die ihn als Wesen höherer Art verehren sollte. Als schließlich, lange nach seinem Sturz, einmal ein menschliches Dokument von ihm bekannt wurde, der letzte Brief vor der Abdankung an den Kronprinzen mit der schlichten Anrede: „Mein lieber Junge!“, da glaubte man kaum, daß der Schreiber dieser einfachen Worte mit dem Großsprecher und Redenmacher identisch sein könnte.

Von Wilhelms Vorbild war das ganze wilhelminische Zeitalter angehaftet. Wer es auch nur bis zum Ostvorspacher oder Oberfeldmarschall gebracht hatte, war eine Uniform trug oder über einem Knie verfiel, der mußte zeigen, daß er von nun an ein Wesen höherer Art sei. Nichts menschlich Verfügendes durfte er mehr an sich haben. Stief, unmaßbar, von seiner Größe durchdrungen, so zeigte sich auch der kleinste Würdenträger des altpreussischen Systems vor der Menge. Daß er in Wirklichkeit vielleicht Anlage zu Humor, zu eigenem Lebensstil, Sinn für Geselligkeit und die Freuden des Daseins hatte, das mußte ängstlich geheim gehalten werden. Nichts durfte aus seinem Munde oder seiner Feder hervorragen, was nicht die ganze Grandezza und Heiligkeit seines Amtes antrat.

Viele Menschen, auch solche, die sich Demokraten nennen, wollen sich auch heute nicht daran gewöhnen, daß es anders sein könnte. Das Bedürfnis nach Höhen ist unserem Volke sehr, sehr tief eingegraben worden. Man will den Nimbus, obwohl man genau weiß, daß er nur eine Maske ist. Mindestens 90 Proz. aller Geschäftlichen und Amtswürde gegen die neuen Regierungsmänner brauchen darauf, daß viele von ihnen — zum Glück — diesen künstlich gemachten wilhelminischen Nimbus verschmähen.

Einer von denen, die gegen alle Billherdvorurteile das feierliche Gesehe bewußt ablehnen, die den neuen Typus des menschlich nahbaren Regierungsmannes schaffen wollen, ist Philipp Scheidemann. Vor wenigen Monaten noch Ministerpräsident des Deutschen Reiches, läßt er jetzt ein Buch erscheinen, das feinerlei politische Offenbarungen, wohl aber den Menschen Scheidemann dem Publikum zum Bewußtsein bringt. Es nennt sich „Zwischen den Gesehten“ (Verlag für Sozialwissenschaft, Preis geb. 12 M.) und deutet mit diesem Titel an, daß es nicht den Politiker in seiner Werkstätte, sondern den zwischen den Schichten aussehenden Politiker zum Verfasser hat, dessen Aussehen freilich auch geistige Arbeit, nur Arbeit auf anderem Gebiet ist.

Scheidemann zeigt sich in diesem Buch als humorvoller Satiriker, der es wohl mit den besten Köpfen auf diesem Gebiet aufnehmen. Der Dreck des politischen Kampfes, der gegen ihn wie gegen jeden Hochaufsteigenden aufdringt, trifft ihn nicht, er reizt ihn nur; sich in einer Stunde der Ruhe die äußeren Begleitumstände des politischen Kampfes lassend von der Seele zu schreiben. Aus den vor Schaffigkeit sich überschlagenden Angriffen seiner Gegner findet er mit sicherem Blick das unsägliche Komische heraus und geißelt es mit so trefflicherer, dabei im Grunde gutmütiger Ironie, daß auch der Andersdenkende ihm lachend beistimmt. So entstehen farbenschöne politische Blaudereien, die auch heute noch, wo die Anlässe der Kämpfe unter den Niesenumwühlungen der letzten Jahre verblasst sind, noch immer wirksam wirken.

Der größte Teil des Buches ist freilich noch anderer Art, er ist gänzlich unpolitisch. Er enthält: Geschichten aus der Jugendzeit des Verfassers in unruhiger Kasselener Rundart, die sich den belächelten Lausbubenepisoden Ludwig Thomas durchaus an die Seite stellen lassen. Vor vielen Jahren waren einige von ihnen schon einmal pseudonym als „Kasselener Jungen“ erschienen. Entstanden sind sie als Sonntagspseudorezensionen in unserem Kaiser Parteiblatt, als dieses noch von Scheidemann redigiert wurde. Hier ist noch nichts von dem Politiker (oder doch erst aus weiter Ferne) zu spüren; der aufgeweckte Proletariatsjunge, der pfiffige Arbeiterlehrling tritt uns entgegen, der mit einer Klotz gleichmütiger Kameraden die wilden Streiche ausführt. Im wilhelminischen Zeitalter wäre wohl freilich ein Minister undenkbar gewesen, der mit menschlicher Offenheit und Natürlichkeit erzählt, wie er als Junge Kessel gemauert, verbotene Fahrten gemacht und dem Gendarmen ein Schnippchen geschlagen hat. Um Gottes willen, ein Minister, der ein richtiger, ein richtiger Junge, kein Musterknabe gewesen ist!

Aber wir wollen uns freuen, wenn uns die Demokratie viele Leute beibringt, die nicht sofort den eigenen Labeln verschulden, sobald sie ins Amt kommen, sondern frohe und offene Menschen bleiben. Mit der Zeit wird sich auch der rückständige Teil unserer Volksgenossen davon überzeugen, daß man weit mehr Respekt vor einem wirklichen Menschen als vor einem lazierten Affen aufbringen kann, nämlich wenn dieser Mensch ein richtiger und kernhafter Mensch ist, den zu achten sich lohnt. Und alle Menschlichkeiten, die Scheidemanns Buch ohne Scheu preisgibt, deuten letzten Endes auf nichts anderes als auf einen lebensbräulenden, heimatliebenden, vorwärtsstrebenden Charakter.

E. K.

Oegen das Ueberfahren von Streckensignalen auf den Eisenbahnen, das oft unglückliches Unglück zur Folge gehabt hat, ist jetzt unter Benutzung der elektrischen Wellen von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken) eine Vorrichtung geschaffen und ausgetestet worden. Sie soll das Lokomotivpersonal rechtzeitig auf ein zu beachtendes Streckensignal aufmerksam machen. Die Gesell-

schaft gibt folgende Erläuterung dieser drahtlosen Sicherungsvorrichtung: Sie ist äußerst einfach und zuverlässig. Sie besteht in einem kleinen unter der Lokomotive befestigten Mähdendler, der mit einer im Vordruckstand ambedradeten Signalvorrichtung (Hupe und Lampe) verbunden ist. Führt die Lokomotive über das Haltesignal, so wird die Vorrichtung im Vordruckstand in Betrieb gesetzt. Die Hupe ertönt und die Lampe leuchtet auf, und zwar so lange, bis der Lokomotivführer die Signale durch einen Druck auf einen Abstellknopf zum Schweigen resp. Erlöschen bringt. Es ist also ganz ausgeschlossen, daß das Signal überhört wird oder unbeachtet bleibt. Der Lokomotivführer weiß nun aber, daß nach soundso vielen Metern ein Streckensignal zu passieren ist und kann seine ganze Aufmerksamkeit darauf verwenden resp. bei Nebel und Sturm die Fahrgelegenheit des Zuges rechtzeitig so bestimmen, daß ein gefahrvolles Ueberfahren des Streckensignals auf alle Fälle vermieden wird. Von der Eisenbahnverwaltung werden jetzt umfangreiche Versuche mit dem Apparat vorgenommen.

Albert Einsteins Kolleg wird nunmehr als Privatvorlesung für Hörer aller Fakultäten gehalten werden. Die Umwandlung in ein öffentliches Kolleg würde zu großen Anzügen verurlochen; deshalb sah der Vorkurs von dieser Form ab. Personen ohne Legitimation der Universität können an den Vorlesungen also nicht teilnehmen.

Die Beamten des Germanischen Museums lassen ihrer Besäuernde über die Art, wie die Befestigung des Direktorspostens in für sie verletzbarer Form geschehen wird, die Tat folgen. Sie haben in ihrem Rundschreiben gesagt, daß in ihren Reihen selber eine geeignete Kraft für den Posten sei. Nicht dat der zweite Direktor des Germanischen Nationalmuseums Dr. Theodor Hampe eine Schrift „Die Zukunft des Germanischen Museums“ erscheinen lassen, worin er Neuerungen und Vorschläge für eine gründliche Neuorganisation der Anstalt gibt. Zum Schluß der Schrift erklärt Dr. Hampe seine Bereitwilligkeit, im Falle seiner Wahl zum ersten Direktor „das schwere Amt zu übernehmen“ und noch seinen „besten Kräften zu versehen“. In Dr. Hampe wird man also den Kandidaten der Beamtenchaft zu sehen haben.

Freunde Richard Dehmels veranstalten am 22. Februar, mittags 1 Uhr, in der Berliner Cessation, Kurfürstendamm 229, eine Gedächtnisfeier vor geladenen Gästen. Prof. G. Z. Schlegel wird die Gedächtnisrede halten. Alexander Malli behält Dehmels Iden. Die Berliner Trio-Vereinigung Robert Meyer, Altberg und Grunwald beschließen die Feier mit Musik. — Die Richard-Dehmel-Feyer am 22. Februar im Peter-Hofsallo. — Die Zukunft des Germanischen Museums“ erscheinen lassen, worin er Neuerungen und Vorschläge für eine gründliche Neuorganisation der Anstalt gibt. Zum Schluß der Schrift erklärt Dr. Hampe seine Bereitwilligkeit, im Falle seiner Wahl zum ersten Direktor „das schwere Amt zu übernehmen“ und noch seinen „besten Kräften zu versehen“. In Dr. Hampe wird man also den Kandidaten der Beamtenchaft zu sehen haben.

Theater. Im Großen Schauspielhaus wird am kommenden Sonntag nachmittags die „Dresdler“ aufgeführt.

Karlheinz Martin, früherer Spielplaner, der Tribune, wird seine Tätigkeit am Großen Schauspielhaus mit Aufzählung von Hauptmanns neuem Drama „Der weiße Heliand“ beginnen.

Drei neue Lithographien „Revolution“, von Erich Godel, sind im Buchladen Kurfürstendamm 29 (Egel-Auer) ausgestellt; ferner Godels-Karikaturen und Papierfiguren von Germinio Wood.

sei, um die Kohlenförderung zu steigern. Er sei sofort zu Verhandlungen bereit, wie eine bessere Ernährung herbeigeführt werden kann.

Bei der weiteren Erörterung, an der sich Reichsarbeitsminister Schlieke, die Abgeordneten Steger, Gae, Sachse und Kessler, v. Löwenstein, Galsbell, Antonier, Gewerkschaftssekretär Spiegel, Generalleutnant Freiberger, v. Wasser, Oberbergerrat Schulz-Briesen und Weimer Bergat Venholt (vom Handelsministerium) beteiligten, wurde das für und Wider eingehend besprochen mit dem schließlichen Ergebnis, daß über die Frage der Heberarbeit sofort

Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft stattfinden sollen.

Reichsminister Bauer ließ im Schlußwort keinen Zweifel darüber, daß die Regierung die Frage der Heberarbeit zu regeln gezwungen sei, wenn es zu keiner Verständigung komme. Reichsminister Sebering, der die Besprechung leitete, konnte zum Schluß feststellen, daß volle Einmütigkeit bestünde in dem Willen, dem deutschen Volke durch den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu einer besseren Zukunft zu verhelfen.

Die Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft über die Form und das Maß der notwendigen Heberarbeit werden bereits am Mittwoch aufgenommen.

Die neue Partei.

In ihrer heutigen Morgenausgabe nimmt die „Freiheit“ Stellung zu der in Regensburg neugegründeten sozialistischen Partei, die den Namen „Partei vereinigter Sozialisten“ führt. Wir selbst haben in unserer Morgenausgabe unsere Meinung zu dieser Parteigründung dargelegt und können der „Freiheit“ nur vollkommen zustimmen, wenn sie auf Grund des von der neugegründeten Partei aufgestellten Programms auf die Heberfähigkeit dieser Neugründung hinweist.

Die „Freiheit“ glaubt die heutigen Differenzen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung auf die Entwicklung der allgemeinen politischen und ökonomischen Verhältnisse während des Krieges und der Revolution zurückzuführen zu müssen. Aus diesem Grunde ist sie Wagner in einer gewissermaßen von außen herbeigeführten Einigung und erwartet diese gleichfalls lediglich aus den politischen und ökonomischen Bedingungen der Zukunft. Hierzu läßt sich jedoch folgendes bemerken:

Die „Freiheit“, die offenbar auf ihre ökonomische und politische Einheit sehr stolz ist, verfährt doch so unsozialistisch wie nur möglich; denn durch die ausschließliche Betonung der künftigen politischen und ökonomischen Gestaltung als Faktor der Arbeitereinkommensbewegung verfährt sie in jenen Fatalismus, der gerade von wahrhaft gescheiterten Sozialisten nicht scharf genug bekämpft werden kann und auch tatsächlich fortzuehnen bekämpft worden ist. Es bedeutet eine völlige Verkennung der wirtschaftlichen usw. Bedingungen, diese zum alleinigen Träger des Geschehens in der Arbeiterbewegung zu machen, vielmehr unterliegt keinem Zweifel, daß nicht nur eine klare und zielbewusste Führung seitens der Partei, sondern auch eine gute und liegende Schulung der Arbeiterklasse eine Hauptbedingung ist. Denn erst diese Schulung hilft als Folgewirkung jene politischen und ökonomischen Verhältnisse schaffen, die für die „Freiheit“ ausschließlich Ursache sind, ohne daß sie die zugehörige Wechselwirkung zwischen beiden Faktoren erkennt.

Jedoch hindern auch diese theoretischen Erörterungen nicht daran, mit der „Freiheit“ jene Parteigründung für überflüssig zu halten, da auch von den hier als notwendig bezeichneten Erfordernissen wenig oder nichts in ihr zu finden ist.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Zu der heutigen Verhandlung, die sich mit dem Falle Wolff beschäftigt, der bereits gestern zum Teil in nichtöffentlicher Sitzung erledigt worden ist, sind als Zeugen Freiberger v. Probsthofen, der Abg. Dr. Gump, Geheimrat Regierungsrat Strauß und Geheimrat Döppert aus dem Eisenbahnministerium geladen. Gleich nach Beginn der Sitzung erteilt der Vorsitzende dem Anwalt des Staatssekretärs a. D. Helfferich das Wort, der zu dem Fall Wolff folgende Ausführungen macht:

Otto Wolff ist der Name einer Eisenhandelsfirma in Köln, die in den letzten Monaten viel von sich reden gemacht hat durch die geradezu märchenhaften Gewinne, die sie namentlich durch Exportgeschäfte erzielt hat. Ein erheblicher Teil dieses Gewinnes entfällt auf die Zeit

nach dem Abschluß des Waffenstillstandes,

insbesondere in die Zeit, in der sie durch die Kriegsgewinnsteuer nicht mehr erfaßt wurde, das heißt also, auf eine Zeit, in der Herr Erzberger erst Vorsitzender der Waffenstillstandskommission und dann Reichsfinanzminister war. Inhaber der Firma Otto Wolff sind die Herren Otto Wolff in Köln und Oskar Strauß in Berlin. Letzterer ist auch aktiver Regierungsrat im Preussischen Staatsministerium, wo er dem Staatsminister für öffentliche Sicherheit zugeteilt ist. Herr Oskar Strauß vertritt diese Doppelstellung seinen engen Beziehungen zu Herrn Erzberger, und die Firma Wolff verbandt ihre bevorzugte Stellung wiederum der Doppelstellung ihres Teilhabers Oskar Strauß. Wie sehr die Doppelstellung, die Herr Strauß Herrn Erzberger verleiht, der Firma Otto Wolff zugute gekommen ist, will ich nur mit wenigen Worten andeuten. Die Firma Otto Wolff macht, wie erwähnt, vorzugsweise Auslands-geschäfte. Sie exportiert nicht nur, sondern sie hat auch wichtige Niederlagen im Auslande errichtet. Die Firma soll gegen den Willen großer wichtiger Firmen und gegen den Willen anderer Stellen ihre Ausfuhr betätigen. Ich erinnere daran, wie Herr Erzberger als Abgeordneter und Thüringischer Ausschicht nur ein sehr laues Interesse für Ausfuhr haben zeigte, und wie dann derselbe Abgeordnete, als er nicht mehr Thüringischer Ausschicht war, plötzlich eine nicht zu lächelnde Gesichtsbildung empfand, die ganzen Ausfuhrerträge zugunsten der Reichskasse eingezogen, sogar mit rückwärts gerichteter Kraft.

Vorsitzung in der Morgenausgabe.

Wirtschaft.

Das Kapital ist bereits entthront?

Die „Wirtschaft“ bringt einen „Auf nach Ordnung“ mit sehr starken Tönen, die auch unsere Leser hören mögen. Sie schreibt u. a.:

Man verheißt sich auch nicht, daß Deutschland bei diesem Ausverkauf vorort und eines Tages auf Taufentwässerungen ge-bettet sein wird, die uns nun noch in die schöne Zeit nationaler Wohlhabenheit erinnern, weil unsere Feinde es verstanden haben, uns nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu ruinieren.

„Staaten vergehen, Völker bekehren.“ Es ist schmerzhaft, historische Wahrheiten und unabänderliche Konsequenzen an eigenen Leibe zu verspüren zu müssen, und alle diejenigen, welche einen solchen Schmerz so lange nicht empfanden, wie ihnen Be-lagungen gegeben ist, für die die Gegenwart ruffig zu gestalten, vergessen, daß das Kapital in Deutschland bereits entthront ist und in den übrigen Staaten Europas wie auch in den allerdings noch beneidenswerten Staaten jenseits des Ozeans entthront werden wird, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden,

der schließlichen Willkürherrschaft des Proletariats vorzubeugen.

Die Entwicklung der Dinge ist an einem Wendepunkt ange-langt, der dringend zur Umkehr mahnt; und hierbei könnte die Waise ohne Zweifel eine sehr bedeutende Rolle spielen. Sie müßte zu allererst in ihren eigenen Funktionen Ordnung schaffen und selbst vor noch schärferen Gewaltmaßnahmen als sie jetzt schon anwendet, nicht zurückweichen, um den Aus-länder die Pforten zu verschließen und den deut-schen Spekulant mit ihrem Verhalten verbundenen Gefahren für das sogenannte neue Deutsche Reich klar zu machen. Die Kapitalvermehrungen sind in vielen Fällen durch die Ver-änderungen der Bilanzen gerechtfertigt, und auch als Mittel gegen die sogenannte Heberfremdung deutschen Aktienbesitzes begründet, sehr nützlich aber dienen sie auch nur zur Verwässerung der Aktienkapitalien von solchen Gesellschaften, denen durch die eigen-artige Lage unserer Volkswirtschaft in der Erzielung hoher Ge-winne eine Ausnahmestellung eingeräumt ist.“

Groß-Berlin

Neue Lasten für die Mieter?

Der Wohnungsverband Groß-Berlin teilt mit:

Die Anträge auf Bewilligung von Zuschüssen für Woh-nungsbauten, die für dieses Jahr von den Gemeinden und gemeinnützigen privaten Bauunternehmungen gestellt werden, häufen sich beim Wohnungsverband. Dieser aber ist außer-stände, die Anträge zu erledigen. Zwar haben die Verbands-förperschaften rechtzeitig die Wiederholung des vorjährigen Bau-programms mit etwa 5000 neuen Wohnungen in diesem Baujahr be-schlossen; aber das Reich hat seinen Zuschußanteil für dieses Jahr auf 12000 M. für die Wohnung herabgesetzt und von den von ihm insgesamt bereitgestellten 500 Millionen auf das Berliner Verbandsgebiet nur 22 Millionen ver-teilt. Andererseits will das Reich eine Wohnungssteuer von etwa 20 Proz. der Miete des Jahres 1914 zur Aufbringung der 500 Millionen erheben. Da der diesjährige Gesamtbedarf des Wohnungsverbandes für Dauerbauten und Notwohnungen über 200 Millionen beträgt, so müßte der Verband zur Deckung der fehlenden 180 Millionen neben der Reichsteuer eine zusätzliche Verbandsabgabe von weiteren 25 Proz. erheben, so daß die Groß-Berliner Be-völkerung mit insgesamt 45 Proz. Mietesteuer belastet werden würde. Da eine so hohe Belastung der Bevölkerung als zu weitgehend abgelehnt werden muß, so wurde durch die von der Reichsregierung geplante Neuordnung der Zuschußwirtschaft die diesjährige Bauaktivität des Wohnungsverbandes völlig lahmgelegt werden. Die Folgen wären Verschärfung des Wohnungslebens und Vermehrung der Ar-beitslosen in der Reichshauptstadt. Der Wohnungsverband hat daher in einer Eingabe an die zuständigen Reichsminister eine Sonderregelung für das Groß-Berliner Verbandsgebiet da-hingehend beantragt, daß die in Groß-Berlin zu erhebende Woh-nungssteuer nicht in den Reichsbauzuschuß, sondern in den Wohnungsbauzuschuß des Verbands fließt, wogegen dieser auf die Reichszuschüsse verzichtet würde. Der Wohnungsverband glaubt, daß er bei dieser Regelung die Groß-Berliner Bevölkerung nur mit einer wesentlich geringe-ren Mietesteuer zu belasten braucht, um die für die dies-jährige Bauaktivität erforderlichen Zuschußmittel zu gewinnen.“

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß wir im Prinzip gegen diese Mietesteuer sind, die die Arbeiterschaft besonders schwer trifft. Wenn die Besteuerung aber schon einmal nicht zu um-gehen ist, dann muß sie nachlässig in ganz anderer Weise vor-genommen werden. Er geht nicht an, daß man die Leiger der kleinen Wohnungen genau so besteuert wie den Villenbe-sitzer. Es erscheint uns dringend geboten, von der Steuer die Wohnungen bis zu drei Zimmern ganz auszuneh-men, dafür aber die großen Wohnungen, soweit sie nicht durch den Kinderreichtum einzelner Familien notwendig sind, be-sonders die Luxuswohnungen und Villen um so kräftiger zu besteuern. Auf diese Weise wäre vielleicht auch ein klein wenig die Wohnungsnot zu mildern.

Zu übrigen halten wir gerade eine Mietesteuer für beson-ders gefährlich. Die notwendige Folge wird sein, daß sich die Steuerpflichtigen in ihren Wohnungsverhältnissen immer noch mehr einschränken. Das würde besonders bei der arbeiten-den Bevölkerung der Fall sein. Die Folge wäre eine weitere Ausbreitung der Tuberkulose und damit eine stärkere Schwächung unserer ohnehin schon ge-fährdeten Volksgesundheit.

Alle Bestrebungen, unser Volk körperlich, moralisch und geistig wieder auf die alte Höhe zu bringen, würden durch die geplante Mietesteuer von 45 Proz. entwertet werden und ihr Gegenteil träte ein. Nach unserer Meinung gibt es noch andere Dinge, die in weit stärkerem Maße zur Besteuerung herangezogen werden könnten, und an deren Eindämmung die Gesamtheit des Volkes das allergrößte Interesse hat.

Das Reichskommissariat für das Wohnungswesen wird nach einer V. V. A.-Pöschung am 1. April aufgelöst. Die Durchführung seiner Aufgaben wird den Zentralbehörden der Länder übertragen. Der Reichskommissar für das Wohnungswesen Schmidt tritt als Unterstaatssekretär in das Wohnungsministerium über.

Von einem Bestreuer erfaßt wurde in einer Wirtschaft in der Breslauer Straße ein Mann, der den Beamten bei einem Streit sätzlich anriß. Der Erkrankte ist, bedarf noch der Feststellung. Er hatte sich halb kahl, bald Harry von Schloffer ge-nannt. Wahrscheinlich ist keiner der beiden Namen richtig. Der Mann, der etwa 28 bis 33 Jahre alt und 1,74 Meter groß ist und braunes Haar und einen blonden, englisch geknüpften Schnurrbart hat, ist auf dem ganzen Körper tätowiert. Die Leiche wurde dem Scharhauke zugewiesen.

Von einem Vorortzuge jermalm wurde am Montag vormittag der Oberbahnvorsteher Lehmann vom Schlesienschen Bahnhof. Der Verunglückte wollte den aus dem Bahnhof ausfahrenden Vichtenberger Zuge anweichen, überließ dabei das Veranlassen der gleichen Zeit ausfahrenden Zuges nach Friedrichshagen. Er wurde von diesem erfaßt und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Warsow. Als Gehalt für lebende Kartoffeln ab heute 200 Gramm Rübenrüben und 200 Gramm Bohnenmehl (7 d. 6 und 1 der Kartoffel-late).

Steglitz. An Stelle der lebenden Kartoffeln auf die 6 Abchnitte 8 e-g der Steglitzer Kartoffelrate 200 Gramm Rohmittel.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Abt. Reichsleiter und Betriebsleiter. 18. Februar, 7 1/2 Uhr, bei Gumpert, Altkirchstr. 77a.

25. Abt. Genossen, deren Kinder folgende Schulen besuchen, werden dringend ersucht, umgehend ihre Adressen zu senden: Für das Königst. Gymnasium mit Realgymnasium, Altkirchstr. 58, an Dombier, Altkirch-Str. 37 und an Witsch, Hufelandstr. 36; für die Anaden-Mittelschule, Altkirchstr. 60/61, an Kamp, Simon-Dach-Str. 22 für alle 3 Schulen, Sonntag Elternbesprechung im Sozialklub, Neue Altkirchstr. 28.

28. Abt. Funktionärung auf Mittwoch, den 18. Februar, verlegt Schwandauer Vorabend. Für die 15. hildische Kreisgruppe in der Garmen-Lyden-Str. findet heute, Dienstag abend 7 1/2 Uhr, in der Halle des Luisenpark-Sinnaklubs, Gleimstr. 49, eine Elternversammlung statt.

Bankow. Der Vortrag des Genossen Bendiner findet am Donner-tag nicht statt.

Reinsendort. Am Mittwoch 7 1/2 Uhr: Küberhochzeitliche Mitglieds-versammlung in der Aula des Gymnasiums Semestral.

Trebstow. Heute 7 1/2 Uhr Veden- und Vegetationsabend im Jugendheim Gellertstr. 8.

Überhaupteide. Mittwoch 7 1/2 Uhr, im Sozial von Dreitz, Wilhelmstr. 10, die Karneval: Kalkbrennerverein.

Schwierhörigen-Gruppe. 18. Februar, 7 Uhr, in der Taubstummen-schule, Marktstr. 49, links 11: Verlesung. Schwerehörige Parteigenossen Gewerkschaftler und „Bormärts“-Lehrer sind eingeladen.

Arbeiter-Schwimmverein Hirschfeld. Jugendabteilung. Mittwoch 8 Uhr, Jugendversammlung der männl. und weibl. Abteilung bei Kregel, Reuterstr. 22.

Verbandstag der Landarbeiter.

Am Dienstagvormittag wurden zunächst eine Reihe von An-trägen zum ersten Punkt der Tagesordnung meistens durch Heberweisung an den Vorstand erledigt. Einer dieser Anträge fordert, daß die Einleitungen des Verbandes mit den beiden Sozialdemokratischen Parteien in Verbindung treten, um bei den nächsten Parlamentswahlen Vertreter der Landarbeiter ins Parlament zu bringen.

Ein anderer Antrag der Ortsgruppe Böblingen verlangt, daß im Verbandsorgan Angriffe auf die kommunistische Partei zu unterlassen sind, weil unvereinbar mit dem Beschluß des Nürn-berger Gewerkschaftskongresses.

Verbandsvorsitzender Schmidt bemerkte hierzu, der Nürn-berger Beschluß verlange politische Neutralität. Damit sei aber nicht gesagt, daß die Kommunisten, weil sie die Herplützung der Gewerkschaften betreiben, nicht angegriffen werden dürfen.

Man könne doch dem Redakteur nicht die Hände binden gegen-über den Gewerkschaftersplitterern.

Der Antrag wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Weiter beantragte die Ortsgruppe Böblingen:

„Die Haltung und die Politik des Verbandes sowie die leitenden Instanzen konsequenz auf die Erzielung der Mitglieder auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes einzustellen, um den Kampf der Landarbeiterschaft gegen Agrarkapitalismus und Junkertum erfolgreich auszuführen und zum Siege führen zu können.“

Georg Schmidt erklärte, der Antrag verlange etwas Selbst-verständliches, die Verbandsleitung habe stets den Gedanken der Klassenkampfes betreiben und sich die Revolu-tionierung der Köpfe angelegen sein lassen.

Der Antrag wurde angenommen.

Tarifverträge und Arbeitszeit

referierte Bährle-Berlin. Er sagte unter anderem: Nachdem die Revolution die Landarbeiter von den alten Fesseln befreit hatte, nahm die Bewegung einen schnellen, ungeahnten Aufschwung. Es wäre besser gewesen, wenn sich die Landarbeiterschaft ruhig und stetig hätte entwickeln können wie die Bewegung der In-dustriearbeiter. Infolge der unvorhergesehenen schnellen Entwicklung haben sich Unzulänglichkeiten gezeigt, an denen aber nicht die Land-arbeiter, sondern diejenigen schuld sind, die die Landarbeiter jah-rezehntelang unterdrückt haben. Der Redner besprach die Entwicklung des Tarifwesens. Als die Landarbeiter nach der Revolution zwangs-läufig in die Tarifbewegung gedrängt wurden, schloß ihnen der Gegenkontrahent, denn es gab keine zum Abschluß von Tarifver-trägen notwendige Arbeitgeberorganisation. Auf Grund der Re-gierungsüberordnung wurden die Bauern- und Landarbeitertätige zum Abschluß von Tarifverträgen herangezogen. Sie konnten wohl Tarife abschließen, aber Tarifträger konnten sie nicht sein, weder für die Arbeitgeber noch für die Arbeitnehmer. Das haben auch die Arbeitgeber eim. Sie gründeten Organisationen, auch ein Reichs-verband der Arbeitgeber ist entstanden. Ein Tarifträger ist also auf-seiten der Arbeitgeber vorhanden. Die Landbünde, die aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sind, werden von uns als Teilnehmer an Tarifverhandlungen abgelehnt. — In ver-schiedenen Teilen Deutschlands sind partiell zusammengesezte Arbeitereinkommensgemeinschaften gebildet worden. Sie wollen Tarife abschließen und deren Durchführung übernehmen. Am besten sind die Arbeitsgemeinschaften in der Provinz Sachsen und in An-halt aufzubauen.

Beim Abschluß von Tarifverträgen ist die Arbeitszeit der grundlegenden Faktor. Der Aufbau der Lohnhöhe ist schwierig, weil bei den verarbeiteten Landarbeitern der Naturallohn einen großen Teil des Lohnes ausmacht und der Verlohn in vielen Teilen Deutschlands recht unterschiedlich behandelt wurde. Die Landarbeit-er müssen für beide Arten des Lohnes ein offenes Auge haben. Sie dürfen ihr Heil nicht nur im Verlohn sehen. Im Naturallohn steckt heute ein großer wirtschaftlicher Wert. Für die Verarbeiteten hat die Wohnungsfrage eine große Bedeutung. Die An-bidungen in Sammern wären nicht so einschneidend ge-wesen, wenn mit dem Ablauf der Räumung nicht die Woh-nung geräumt werden müßte, sondern die Wohnung durch einen Mietvertrag gesichert wäre. Wohnung und Deputatland haben eine große wirtschaftliche Bedeutung für den Arbeiter. Die Ablösung des vereinbarten Naturallohnes durch Geld ist ent-schieden abzulehnen. Bei Berechnung des Lohnes ist für das Deputat der jeweilige Höchstpreis anzusetzen. In den Tarifverträgen ist für den Verlohn ein Grundlohn festzusetzen, der sich mit der steigenden Teuerung erhöht. Die Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit sind nicht in Prozenten des Lohnes, sondern in be-stimmten Sätzen anzugeben.

Das Hofgängerwesen muß so geregelt werden, daß nicht der Arbeiter die Hofgänger zu stellen hat, sondern daß jeder Hof-gänger einen Einzelvertrag mit seinem Arbeitgeber abschließt. In Brandenburg haben wir versucht, in dieser Weise das Hofgänger-wesen auszukübeln.

In den Landbünden, über die in letzter Zeit viel geredet wurde, sind ja die Arbeitgeber die treibende Kraft, aber auch die Arbeiter sind nicht ohne Schuld daran, daß wir die Landbünde haben. Es ist beschämend, daß, wie berichtet wird, in Sammern 18 000 Ar-beiter dem Landbund angehören. Durch Auslastungsarbeit wird es uns gelingen, diese Mißpflanze auszuroten.

Wir haben etwa 800 Tarifverträge abgeschlossen. Die darin festgesetzten Löhne genügen heute nicht mehr, um den Bedarf der Familie zu decken. In diesem Jahre muß wegen der Preis-Steigerung aller Warenartikel eine bedeutende Erhöhung des Einkommens der Arbeiter eintreten. Die Land-arbeiter brauchen vor allen Dingen Kleidung und Bedarfsgegen-stände. In dieser Hinsicht herrscht ein Mangel, der im kommenden Herbst noch schlimmer werden wird. Damit sich die Arbeiter diese Dinge kaufen können, müssen sie einen ausreichenden Verlohn haben. Die Landwirte bekommen jetzt durch die Preisregulierung solche Preise für ihre Erzeugnisse, daß sie keinen Grund haben, eine Lohnminderung zu betreiben.

Zur Frage der Regelung der Arbeitszeit sagte der Redner, die Landarbeiter verlangen nicht den Ach-tstundentag. Wir müssen die Arbeitszeit so regeln, wie sie die Landwirtschaft braucht. Wenn es im Interesse der Volksernährung notwendig ist, bei der Feldbestellung und Erlegung der Früchte Überstunden zu machen, sind wir bereit, Überstunden zu leisten gegen entsprechende Bezahlung (Zustimmung).

Zur Abschaffung der Akkordarbeit in der Landwirtschaft ist die Zeit jetzt nicht gegeben. Mit Rücksicht auf die Ernährungswier-tigkeiten denken wir nicht an die Abschaffung der Akkordarbeit, aber wir wollen sie regeln.

Zum Schluß betonte der Redner, daß den reaktionären Seite auf den Zusammenbruch der Weisernährung hingearbeitet werde, um die jetzige Regierung zu stürzen und das reaktio-näre System wieder aufzurichten. Das zu verhindern und das gegenwärtige Regierungssystem zu erhalten, haben auch die Land-arbeiter das größte Interesse. Darum werden sie alles tun, was zur Sicherung der Ernährung unseres Volkes notwendig ist. (Be-lustigter Beifall.)

